

OB-Kurz-Info

26. November 2015

Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages tagten in Hamburg

Zuwanderung reduzieren und Integration neu ausrichten – Kommunen nicht überfordern

Die deutschen Städte leisten seit Monaten Großes, um Menschen bei sich aufzunehmen und zu versorgen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung zu uns fliehen und schutzbedürftig sind. Sie sehen sich hier weiterhin gemeinsam mit Bund und Ländern in der Verantwortung. Gleichzeitig sind vielerorts Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft und Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Das Präsidium und der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages forderten deshalb heute in Hamburg, die Flüchtlingszuwanderung Richtung Deutschland müsse besser gesteuert und insgesamt deutlich verringert werden.

Außerdem halten die Städte es für nötig, die Integrationspolitik neu auszurichten, um die Integration der zahlreichen Menschen mit Bleibeperspektive erfolgreich gestalten zu können. Bund und Länder müssten ihre Ausgaben für Maßnahmen der Integration erheblich ausweiten, damit die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, die notwendigen Integrationsleistungen zu erbringen (siehe weitere Pressemitteilung zur Integration).

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, erklärte nach der Sitzung der Spitzengremien in Hamburg: **„Die Städte stellen sich Tag für Tag engagiert den Herausforderungen durch die hohe Zahl der Flüchtlinge. Dabei spüren wir neben unserer humanitären Verantwortung auch: Eine weitere Zuwanderung wird nur zu bewältigen sein, wenn sie erheblich wirkungsvoller gesteuert und reduziert wird. Die Asylpakete 1 und 2 enthalten wichtige und richtige Schritte auf nationaler Ebene: Schnellere Asylverfahren, mehr Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und effektivere Rückführungen von Menschen ohne Bleibeperspektive sind elementar. Hier brauchen wir rasch größere Fortschritte, damit sich die Kommunen auf Flüchtlinge konzentrieren können, die unseren Schutz brauchen.“**

Der Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, machte im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages deutlich, dass die Behörde derzeit ihre Anstrengungen erheblich verstärkt, um die Asylverfahren zu beschleunigen. Weise schilderte auch die Vorbereitungen für den vorgesehenen Flüchtlingsausweis. Dieser kann nach Auffassung der Städte erheblich zur Verfahrensvereinfachung beitragen und müsse einschließlich der erforderlichen Dateninfrastruktur rasch eingeführt werden.

„Wir brauchen aber auch unbedingt wirksame Maßnahmen, die bei den Fluchtursachen ansetzen und innerhalb der EU. Denn unser Land und seine Kommunen dürfen nicht überfordert werden“, betonte Städtetagspräsidentin Lohse. Die Bundesregierung bleibe aufgefordert, gemeinsam mit allen Partnern Deutschlands ihren Einfluss geltend zu machen, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak und in Afghanistan zu beenden: **„Vor**

allem eine Befriedung der Konfliktregionen würde die Flüchtlingsbewegung wirksam verringern. Bis dahin muss die Aufnahme von Flüchtlingen in den Nachbarländern der Konfliktstaaten gefördert werden, um ihnen dort akzeptable Lebensbedingungen zu bieten. Die Außengrenzen der EU sind wirksam zu schützen. Und es müssen endlich Perspektiven sichtbar werden für eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in der EU. Das ist ein entscheidender Prüfstein für den solidarischen Zusammenhalt in der Europäischen Union.“ Für eine bessere Steuerung der Fluchtbewegungen müssten Asylbewerber und Flüchtlinge schon an den Außengrenzen der EU verlässlich registriert werden. Außerdem dürfe nicht länger zugelassen werden, dass sich Hunderttausende von Flüchtlingen unregistriert in Deutschland aufhalten.

Asylverfahren beschleunigen – Erstaufnahmeplätze in den Ländern ausbauen

Die Bundesregierung bleibt nach Auffassung des Deutschen Städtetages gefordert, rasch und umfassend die Personalkapazitäten für die Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiter aufzustocken. Die Länder müssen die Kapazitäten in ihren Erstaufnahmeeinrichtungen schnell und deutlich weiter ausbauen und dabei auch die Aufnahmekapazität der Städte mit diesen Einrichtungen berücksichtigen. Asylbewerber sollten so lange in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben, bis ihr Bleiberechtsstatus geklärt ist, damit nur anerkannte Asylbewerber in die Kommunen weitergeleitet werden. Die Städte fordern Bund und Länder auf, die Zusage einzuhalten, den Städten Bundesliegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen unverzüglich zur Verfügung zu stellen.

Kommunale Ausgaben angemessen finanzieren – Anstieg Unterkunfts-kosten

Zur Kostenerstattung durch Bund und Länder für die Kommunen sagte Eva Lohse: **„Die Städte fordern die Länder auf, die vom Bund bewilligte Unterstützung in Höhe einer Pro-Kopf-Pauschale von zunächst 670 Euro an die Kommunen weiterzugeben. Außerdem sollten sie diese Summe mit eigenen Mitteln aufstocken, soweit dies nötig ist, um den Kommunen die Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber und Flüchtlinge zu erstatten.“** Eine Verrechnung mit den bisher von den Ländern geleisteten Mitteln dürfe nur erfolgen, wenn eine vollständige Kostenerstattung gesichert bleibt. **„Die Städte erwarten außerdem einen hohen Anstieg bei den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft im Sozialgesetzbuch II (Hartz IV). Sie fordern den Bund auf, den flüchtlingsbedingten Anstieg der Unterkunfts-kosten voll zu übernehmen.“**

Verteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen wahren

Der Deutsche Städtetag bittet die Bundesregierung zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass die Verteilung für Asylbewerber und Flüchtlinge auf die Städte und Regionen nach den bestehenden Schlüsseln gewahrt werden kann, zum Beispiel über Auflagen zum Wohnort. Dabei geht es den Städten darum, die Aufgaben der Integration vor Ort bundesweit gerecht auf Ballungszentren und andere Kommunen zu verteilen.

Familiennachzug

Der Deutsche Städtetag hält es für notwendig, bei der besseren Steuerung und Reduzierung der Flüchtlingszuwanderung den Familiennachzug besonders zu betrachten. Flüchtlingen, die lange bei uns bleiben, sollte nach Auffassung der Städte ein Nachzug von Familienmitgliedern unter integrationspolitischen Gesichtspunkten nicht grundsätzlich verwehrt werden.

Spitzengremien des Deutschen Städtetages berieten in Hamburg

Bund und Länder müssen Integration verstärken – Wohnraum fördern und Aufnahme in Kitas, Schulen und Arbeitsmarkt unterstützen

Neben allen Anstrengungen zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern muss nach Auffassung des Deutschen Städtetages die Integration der Menschen mehr beachtet werden, die längere Zeit bei uns bleiben werden. Dabei gelte es, die Integrationsbemühungen der öffentlichen Ebenen und aller Beteiligten möglichst wirksam zu einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zu bündeln. Die Städte erwarten und benötigen angesichts der erheblichen Zahl der Menschen, um deren Aufnahme in die Gesellschaft es geht, eine erheblich stärkere Unterstützung ihrer Integrationsleistungen durch Bund und Länder. Das machte der Deutsche Städtetag heute nach seinen Gremiensitzungen in Hamburg deutlich.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, sagte: **„Die Kommunen schultern zum großen Teil die Aufnahme der Flüchtlinge und ihre Integration in Deutschland. Deshalb muss es ein ureigenes Interesse von Bund und Ländern sein, die Kommunen maßgeblich, auch finanziell bei der Integration zu unterstützen. Die Integrationspolitik muss auf die Menschen mit Bleibeperspektive eingehen und ihren Weg in unsere Gesellschaft fördern. Gleichzeitig müssen wir vermitteln, was wir erwarten: die Anerkennung von Regeln und Werten unserer Gesellschaft und die Einhaltung unserer Gesetze. Integration ist somit Fördern und Fordern zugleich.“** Genauso konsequent müsse die Politik aber ihr Engagement für die schon lange hier lebenden Bürgerinnen und Bürger etwa bei Bildung, Arbeit und Wohnen fortsetzen.

Zu den notwendigen Maßnahmen der Integration betonte die Städtetagspräsidentin: **„Wir brauchen ein stärkeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen, die stärkere Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesbetreuung und Schulen, gezielte Angebote zum Nachholen von Ausbildungsabschlüssen und Angebote der Weiterbildung. Notwendig sind außerdem Maßnahmen zur Integration von Bürgerkriegs-flüchtlingen und politisch Verfolgten in den Arbeitsmarkt und zur Mobilisierung eines ausreichenden Angebots an Wohnraum. In aller Regel sollten Integrationsangebote verpflichtend ausgestaltet werden.“**

Schulbesuch von minderjährigen Asylbewerbern und Flüchtlingen organisieren

Ein erfolgreicher Schulbesuch von schulpflichtigen Flüchtlingen und Asylbewerbern legt den Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe, Spracherwerb und erfolgreiche Berufsvorbereitung. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag die Länder auf, Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten die Länder die für Flüchtlingsunterkünfte geltenden baurechtlichen Erleichterungen auch befristet für Schulbauten zulassen, etwa um kurzfristig mobile Unterkünfte für den Schulunterricht einsetzen zu können. **„Schulräume und qualifiziertes Lehrpersonal sind Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Die Länder müssen dafür genügend Lehrkräfte neu einstellen und unbürokratisch alle Möglichkeiten zu nutzen, geeignetes Personal zu qualifizieren und in den aktiven Schuldienst zu holen. Darüber hinaus brauchen wir an den Schulen aber auch Dolmetscher, Sozialpädagogen und Schulpsychologen, um die Kinder und Jugendlichen angemessen unterrichten und begleiten zu können. Wir erwarten, dass sich die Länder auch an diesen Kosten beteiligen“**, so Lohse.

Finanzierung von Integrationskursen gewährleisten

Die Städte fordern den Bund auf, die Mittel für Integrationskurse noch stärker aufzustocken, um dem hohen Bedarf Rechnung zu tragen. Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, sagte: **„Es war richtig, die Integrationskurse für Asylbewerber sowie Geduldete mit guter Bleibeperspektive zu öffnen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Dreh- und Angelpunkt, um die Menschen, die bei uns bleiben, sozial und beruflich zu integrieren. Um die enorme Nachfrage zu decken, sind jetzt erheblich mehr Kurskapazitäten nötig, damit die Integrationskurse zeitnah und qualitativ hochwertig angeboten werden können. Eine höhere Bundesförderung ist auch nötig, um qualifizierte Lehrkräfte halten oder gewinnen zu können.“** Nach Schätzungen werden 2016 bis zu 400 000 Plätze in Integrationskursen gebraucht, etwa doppelt so viele wie in diesem Jahr – zahlreiche Kurse führen dabei kommunale Volkshochschulen durch.

Wohnungsbau ankurbeln, bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Schaffung von Wohnraum vor allem in Ballungszentren ist drängend. Die Städte begrüßen die Aufstockung der Entflechtungsmittel des Bundes um jährlich 500 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2019 als einen wichtigen Beitrag, um den wachsenden Bedarf zu decken. Der Deutsche Städtetag erwartet von den Ländern, diese Mittel nun auch bevorzugt für den Neubau von öffentlich geförderten, preiswertem Mietwohnraum zu verwenden. Gleichwohl erscheint die jährliche Summe aufgrund der absehbaren Zuzugszahlen und der angespannten Marktsituation als deutlich zu gering. Umfang und Tempo beim Wohnungsbau müssen deutlicher steigen. Außerdem gelte es, Lösungen zur Überbrückung zu finden, bis dauerhafte Wohnungen zur Verfügung stehen, z. B. über Wohngebäude in Leichtbauweise. **„Wir brauchen mehr Tempo beim Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen vor allem in den Ballungszentren. Bund und Länder müssen da mehr tun, auch um den sozialen Frieden in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten nicht zu gefährden. Wichtig sind ein finanziell höheres Engagement, zielgenaue Förderprogramme über einen längeren Zeitraum und schnelle Entscheidungen“**, sagte Maly. Außerdem müssten vom Bund auch finanzielle Anreize in Form einer regional differenzierten Investitionszulage geschaffen werden, um zusätzliche Impulse für den Bau preiswerter Wohnungen zu setzen.

Übergang ins Berufsleben fördern

Wie die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gelingt, hängt stark davon ab, wie schnell sich das Qualifikationsniveau der Zuwanderer verbessern lässt. Das Bundesarbeitsministerium hält für denkbar, dass 2016 zwischen 240.000 und 460.000 Menschen zunächst Hartz IV beziehen könnten. Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur zügigen Arbeitsmarktintegration müssen deshalb erheblich ausgedehnt werden, so der Städtetags-Vizepräsident: **„Die Jobcenter müssen in die Lage kommen, eine große Anzahl von Menschen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben einer besseren finanziellen Ausstattung, für die der Bund sorgen muss, bedarf es dafür ausreichend Personal und spezifischer Arbeitsmarktinstrumente. Was den Menschen in den Jobcentern an Qualifizierungen angeboten wird, muss sich an ihrer formalen Ausbildung und ihren beruflichen Fertigkeiten orientieren, aber auch an der kulturellen Prägung. Und es muss sich möglichst zielgenau mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes decken.“**